



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/144

Hannover, 26. Nov. 48

Ungeist der "Zeit"

Von besonderer, uns nahestehender Seite
geht uns folgende Stellungnahme zu:

"Bei der Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten aller vier Zonen sprengten die Sozialdemokraten die Zusammenkunft schon gleich zu Beginn, weil man sich mit Vertretern der SED nicht an den gleichen Tisch setzen könne, sondern der Gewalt die Maske vom Gesicht reißen müsse." - So zu lesen in der Wochenschrift "Die Zeit" vom 18. November. Ein toller Satz.

Wir wollen so tun, als ob der Artikelschreiber Belehrung über Tatsachen annehmen könnte: Der Versuch von München ist daran gescheitert, dass die fünf Ministerpräsidenten der Ostzone abreisten, ohne dass sachliche Verhandlungen aufgenommen worden wären, weil ihre west- und süddeutschen Kollegen nicht widerspruchslos eine Veränderung der Tagesordnung annehmen, die die Konferenz auf die Ebene der Agitation statt der sachlichen Arbeit gestellt hätte. (Die Ostministerpräsidenten hatten keine Fachreferenten und kein Material mitgebracht. Das war unvorsichtig, denn es verriet von vornherein ihre rein negativen Absichten.) Das Ganze war in den Augen der Akteure wie der Zuschauer nichts anderes als ein Theatrecoup. Niemand hat die SPD sich geweigert, die Konferenz zu beschicken, obwohl man die demokratische Legitimation der östlichen Regierungschefs entschieden bestritt. Niemand hat auch, mit Ausnahme der Kommunisten, seitdem der SPD die Schuld für das Scheitern der Konferenz zugeschoben wollen. So ist der zitierte Satz eine glatte Unwahrheit.

Durch diese, die Sozialdemokratie angedichtete Sprengung der Münchener Konferenz sei - so heisst es dann weiter - "jede deutsche Aussenpolitik gegenüber Russland unmöglich geworden." Hätte man aber "mit den deutschen Ministerpräsidenten der Ostzone geschmeidig verhandelt und, ohne wesentliche Konzessionen zu machen, dafür gesorgt, dass die Verbindung nicht abbriss, dann gäbe es vermutlich heute keine Blockade in Berlin und die Ostzone wäre nicht so offen und brutal subjektisiert worden. Das wäre wirkliche deutsche Aussenpolitik gewesen.

Dazu folgendes: Niemand, der ernst genommen werden will, bezweifelte damals und bezweifelt heute, dass die Ministerpräsidenten der Ostzone die Beauftragten der russischen Politik in Deutschland sind. Mit ihnen "geschmeidig" verhandeln, heisst geschmeidig mit den russischen Machthabern verhandeln. Die deutschen Mi-

nisterpräsidenten der Westzone hätten nach dieser Ansicht sozusagen mit leichter Hand und selbstverständlich mit Erfolg tun können, woran die westlichen Alliierten auf allen Nachkriegskonferenzen und zuletzt im Falle des Berliner Konfliktes gescheitert sind. "Geschmeidig", das war und ist die Methode der Blockadepolitik, die Bildung von deutschen Satellitenparteien. Die "unwesentlichen Konzessionen", die ihre massgebenden Männer hingenommen, war die totale Aufgabe jeder eigenen politischen Ansicht und ihre vollkommene Identifizierung mit der russischen Deutschland-Konzeption.

Vor allem aber war das, was nach Ansicht des Artikelschreibers in der "Zeit" vermutlich - welch' entwaffnende Naivität - durch die empfohlene deutsche Aussenpolitik hätte verhindert werden können, in allen wesentlichen Stücken bereits vor der Münchener Konferenz Tatsache (bis auf die Blockade Berlins in ihrer jetzigen Form, die aus Meinungsverschiedenheiten über die Währungsreform zwischen den Siegern entstanden ist): Die systematische Unterdrückung der demokratischen Freiheiten, Verhaftungen und Verschleppungen, die seit dem Einmarsch der Russen nicht aufgehört haben, die wirtschaftliche Ausplünderung, die Bespitzelung und Terrorisierung Verdächtiger usw. Hat das alles der Schreiber nicht gewusst? Offenbar hat er nur gehofft, dass andere es vergessen haben und dass er darauf die neue Legende aufbauen kann: Die SPD verrät die deutsche Einheit und den deutschen Osten - angesichts der tatsächlichen sozialdemokratischen Haltung ein grotesker Unsinn, Die Kommunisten aber werden für diesen Sekundärendienst dankbar sein. - Ein Satz freilich stimmt: Aus doktrinären Gründen sei diese deutsche Aussenpolitik unmöglich gemacht worden. Nur war es, anders, als der Verfasser meint, die Doktrin der Volksdemokratie und der sowjetischen Staatsallmacht.

Auf knapp zwanzig Druckzeilen ist hier also eine Spitzenleistung an Verachtung der Tatsachen und politischer Ahnungslosigkeiten vereinigt, wie man sie selten findet. Hierfür gibt es nur zwei Erklärungen: Ignoranz oder böser Wille. Eines ist so schlimm wie das andere. Wider das bessere eigene Wissen, oder ohne die notwendige elementarste Kenntnis des behandelten Gegenstandes zu schreiben, ist grob verantwortungslos und wirkt umso peinlicher, je aufdringlicher der Betreffende sich mit seiner öffentlichen Verpflichtung drapiert. Diese Form der Auseinandersetzung schafft nicht Klarheit, sondern fördert Trägheit und Dummheit. Von Heinrich Heine stammen die Verse, die einem bei dieser Gelegenheit einfallen:

"Sie faszeln im Wachen, sie faszeln im Traum,
Worte mit langen Ohren.
Eine schwangere Frau, die sie reden gehört,
Hat jüngst einen Esel geboren."

Eindrücke von einer Skandinavien-Fahrt

In Skandinavien sind, wie überall in Europa, seit Kriegsende viele Hoffnungen unerfüllt geblieben. Die Unsicherheit der internationalen Lage lastet schwer auf dem Aufbauwerk der sozialdemokratischen Regierungen. Dennoch sind auf dem Wege des wirtschaftlichen Aufbaus und sozialen Ausbaus beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen.

Auf der schwedischen Wohlstandsinsel haben sich als Auswirkung der weltwirtschaftlichen Lage kleinere Rückschläge nicht vermeiden lassen. In den anderen Ländern ist man von normalen Verhältnissen noch weit entfernt. Peinliche Vergleiche enthüllen auch von dieser Seite her die Kopflosigkeit des Frankfurter Unternehmens. In Oslo gibt es dreieinhalb Jahre nach dem Kriege Fleischzuteilungen nur in wochenlangen Abständen. Jeder muß in den Stockholmer und Kopenhagener Restaurants Fett- und Fleischmarken abliefern. Die Warmwasserleitungen der Hotels sind nicht in Betrieb. Das mag un bequem sein, aber es wird eben eine Wirtschaftspolitik betrieben, die sich von den Interessen der breiten Schichten des Volkes leiten läßt.

Unabhängig von den freundschaftlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten um die taktische Haltung im west-östlichen Konflikt hat sich in allen skandinavischen Ländern die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine Konsolidierung Europas im gemeinsamen Interesse liegt. Das hat auch zu einer Entgiftung der Diskussion um die deutschen Probleme geführt. Der Wunsch nach einer Normalisierung der Handelsverbindungen mit Deutschland ist ebenso stark wie die Unzufriedenheit mit den bürokratischen und von Konkurrenzgesichtspunkten bestimmten Maßnahmen, die die Wiederaufnahme dieser Verbindungen bisher erschwert haben.

Eine Wandlung des Verhältnisses zu Deutschland hat sich nicht nur dadurch ergeben, daß die traurigen Kriegserfahrungen auf Abstand kommen und andererseits die Gefahr einer neuen Diktatur erwachsen ist, sondern auch dadurch, daß durch die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie und den Berliner Freiheitskampf neue Brücken zum demokratischen Norden geschlagen wurden. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Skandinavier bereits unter das Vergangene einen Strich gezogen hätten und der weiteren deutschen Entwicklung volles Vertrauen schenkten. Sie nähern sich unserem Problem mit einer guten Portion Skepsis und wären froh, wenn man sie ganz davon überzeuge, daß reaktionären Irrwegen und nationalistischen Exzessen ein für allemal ein Riegel vorgeschoben ist. Willy Brandt

Schweden bereitet sich vor

K.K. Stockholm, im November

Der schwedische Oberbefehlshaber, General Jung, hat bei der schwedischen Regierung die Erhöhung der Wehrbereitschaft des Landes gefordert. Die vom schwedischen Oberbefehlshaber vorgeschlagenen Maßnahmen sind Mindestforderungen der schwedischen Armee und Flotte. Sie umfassen: Durchführung der in der Wehrordnung vorgesehenen Wiederholungs- und Nachbildungsübungen; Bewilligung von 30 Mill.Kr. zur Beschaffung besonders wichtigen Materials und Bestellungen bei der Industrie im Werte von 58 Mill.Kr. mit bevorzugter Lieferung, umfassend drei Prozent des gesamten Umsatzes der Werkstatt-Industrie; außerdem eine weitere Devisenbewilligung für Verteidigungszwecke. Die Befestigungen und Flugplatzbauten, für welche bereits Mittel bewilligt wurden, sollen 1949 fertiggestellt werden.

Der Oberbefehlshaber weist in der Motivierung seines Antrages darauf hin, daß sich die politische Lage seit der letzten Behandlung des Militärbudgets nicht entspannt hat. Die Gegensätze träten vielmehr noch viel schärfer zutage und viele Länder hätten ihre Verteidigungsmaßnahmen verstärkt. Der Ernst der Lage werde durch das Zustandekommen des Westpakt und die Planung eines Atlantikpaktes beleuchtet, und die osteuropäischen Länder verfügten über eine große Anzahl organisierter Heeresverbände. Dazu kämen die in England und Amerika begonnenen materiellen Rüstungen.

Louise Schröder wieder daheim

an

sp. Seit Monaten haben sich die Berliner unangenehme Überraschungen gewöhnen müssen. Umso mehr erfreute sie dieser Tage die Nachricht, daß "ihre Louise" aus dem Westen zurückgekehrt sei. Vor einem Vierteljahr war sie dorthin durch eine ernste Erkrankung verschlagen worden. Wenn sich Louise Schröder streng an den Rat der Ärzte halte, müßte sie noch geraume Zeit auf die Ausübung öffentlicher Ämter verzichten. Selbstloses Pflichtgefühl zwang sie jedoch zurück auf den Platz des amtierenden Oberbürgermeisters, zu der schwer bedrängten Stadt. An die Spitze des Berliner Freiheitskampfes tritt nun wieder die Frau mit dem guten Herzen, die als Sozialpolitikerin besonders stark die Nöte der Schwachen empfindet. Größer denn je ist das Betätigungsfeld dieser Herzengüte, weil mit dem Einbruch des Winters die Wirkungen der Blockade sich unvorstellbar verschärfen.

Als Louise Schröder das letzte Mal vor dem Stadtparlament sprach, tagte er noch im russischen Sektor. Jetzt kann sie ihre Tätigkeit im dort gelegenen Stadthaus nicht mehr ausüben. Ihre Wohnung im amerikanischen Sektor Berlins wird bis auf weiteres Amtssitz des Oberbürgermeisters.

In sozialdemokratischen Kreisen ist die Rückkehr von Louise Schröder nicht zuletzt auch darum begrüßt worden, weil damit in der Führung des Magistrats bedenklichen Unklarheiten ein Ende bereitet wurde, die durch das illoyale Verhalten des Bürgermeisters Dr. Friedensburg gegenüber der stärksten Partei noch eine besondere Note erhielten. Die Frau, die für viele Berliner einfach "unsere Louise" ist, wirbt dieser Tage um hohe Wahlbeteiligung an den Wahlen des 5. Dezember. Sie sagt den Wählern aber auch, daß es nicht gleichgültig ist, welcher der demokratischen Parteien sie ihre Stimme geben.

Bindestrich oder Beistrich

sp. Farben und Flaggen sind Hoheitszeichen, staatliche Symbole oder prosaischer ausgedrückt: die Flagge deckt die Ware. Unter normalen Verhältnissen führt ein Staat von der Entstehung an immer die nämliche Flagge. Wenn wir in Deutschland jetzt zum zweiten Male in einem Menschenalter vor der Notwendigkeit stehen, Farben und Flagge zu wechseln, spiegelt sich in dieser denkwürdigen Erscheinung die stürmische Wallenbewegung unseres unglücklichen Geschichtsverlaufes.

War der Flaggenstreit in der Weimarer Republik ein Symptom der inneren Zerklüftung, so ist die Aussprache im Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates gleichfalls symptomatisch. Für die Farben Schwarz-Rot-Gold stimmte zwar eine sehr starke Mehrheit. Wenn man die Stimmen aber ^{nicht} zählt, sondern wägt, kommt die Schwäche dieser Mehrheit zum Vorschein. Schwarz-Rot-Gold war das Banner, unter dem die Männer der Paulskirche für ein freiheitliches Deutschland schwärmten. Mit der schwarz-weiß-roten "Gösch" als Feigenblatt symbolisierte Schwarz-Rot-Gold die Angst mancher Männer des Weimarer Nationaltheaters vor der eigenen Courage. Noch unvergessen sind die Beschimpfungen, mit denen der nationalistische Mob seinem Abscheu vor den schwarz-rot-goldenen Idealen Ausdruck verlieh. Als der reaktionäre Veitstanz sich seinem Höhepunkt nahte, hissten die hitler-scher Amokläufer erneut die blutbesudelten Farben des Kaiserreichs in Gestalt ihrer Hakenkreuzflagge.

Über dem Trümmerfeld des heutigen Deutschlands kann die Flagge Schwarz-Weiß-Rot, unter der das deutsche Volk zweimal in eine schreckliche Niederlage gestürzt wurde, nicht wieder aufgezwungen werden. Was lag näher, als die hundertjährige republikanische Flagge Schwarz-Rot-Gold neu zu entrollen? Aber die Hüter der "christlichen Demokratie", die in Bonn am Werke sind, waren für eine so einfache Lösung nicht zu haben. Wenn schon Schwarz-Rot-Gold, meinten sie, so nicht als Trikolore, sondern in einer Form, die der Fraktionsführer der Demokraten, Dr. Theodor Heuß, etwas lieblos als "Kunstgewerbe" bezeichnete. Goldenes Kreuz in schwarzer Umrandung auf rotem Grund, seitlich nach links gerückt - was bliebe bei dieser Anordnung von dem geschichtlichen Banner der deutschen Republikaner übrig?

Der Eindruck, den die Auseinandersetzung über die Bundesflagge hervorrief, war, wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter treffend feststellte, niederschmetternd. Wie ist die Ware beschaffen, die von der Flagge nach den Wünschen der CDU gedeckt wird? Noch zeigt sich diese Ware nicht im hellen Licht des Tages, aber eines ist sicher: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlogma ist geblieben.

Dr. Seebohm, im Parlamentarischen Rat der Hochposten der Äussersten Rechten, liess die Krätze aus dem Sack: Solange breite Kreise des deutschen Volkes nicht in der Lage seien, ihrer Auffassung über die Bundesflagge Geltung zu verschaffen, dürfe keine vorläufige Festlegung getroffen werden! Also den Zwiggestrigen, die sich wegen zu enger Verbindung mit dem Hitlerregime noch im Hintergrund der politischen Bühne halten müssen, soll durch Wiedereinführung der Flagge Schwarz-Rot-Gold nicht vorgegriffen werden!

Für das Niveau unseres politischen Lebens bezeichnend ist die Tatsache, dass sich ein Grossteil der Zuschriften an den Parlamentarischen Rat mit der Ausgestaltung der Bundesflagge befasst. Wenn die deutschen Reeder mit abgeleihten Vorwänden ihre Abneigung gegen die schwarz-rot-goldenen Farben der Republik bemängeln, zeigen sie nur, dass sie aus dem zweimaligen Verlust der deutschen Handelsflotte immer noch nicht die naheliegende Lehre gezogen haben. Weiland Reichskunstwart Dr. Redlob steuert Entwürfe bei, die mit Pleitegeier und Proteststange gleichfalls mulmig anmuten. Ganz Schlaue sind für Schwarz-Weiss-Rot-Gold, alles hübsch beisammen (man kann ja nie wissen!). Nur der "Volksrat" von Moskaus Gnaden fehlt: Sichel und Hammer an Stelle des Hakenkreuzes, sonst wie gehabt, wäre in ihrem Sinne sicherlich eine zeitgemässe Lösung.

Schwer ist es, keine Satire zu schreiben. Wäre das Ganze nicht symbolhaft traurig, wäre der Streit über das Staatssymbol zum Lachen. Schwarz-Rot-Gold in phantastischer Aufmachung Schwarz-Rot-Gold einfach und unverkünstelt, Bindestrich oder Beistrich, das ist hier die Frage. Wie man sieht, sind "querelles allemendes", typisch deutsche Streitfragen, auch in unseren schweren Tagen noch keineswegs aus der Mode.

Dr. P. L.

Auf dem Wege zur nordischen Wirtschaftsunion

R.H. - Kürzlich tagte in Oslo die gemeinsame nordische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vertreten waren Dänemark, Norwegen, Schweden und Island. Die Zollexperten haben Vorschläge für einen gemeinsamen Zolltarif ausgearbeitet, der nun eingehend beraten wird. Die Quantitätseinschränkungen im Handelsverkehr der nordischen Länder untereinander sollen weitestmöglich aufgehoben werden. Schliesslich würden die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Arbeitsteilung und eines planvollen Vorgehens beim Einsatz der Arbeitskräfte besprochen. Die nächste Tagung der Kommission soll Mitte Januar in Stockholm stattfinden. (b/A/2511/2/he)

Ollenhauer über Berlin

sp. Unmittelbar nach einem dreitägigen Aufenthalt in Berlin berichtete Erich Ollenhauer einem Mitarbeiter des Sozialdemokratischen Pressedienstes über seine Eindrücke:

Nach 18 Uhr macht Berlin in der Tat den Eindruck einer belagerten Stadt, erklärte Ollenhauer. Der Verkehr hat dann so gut wie vollkommen aufgehört. Die zunächst angekündigten 25 Pfund Steinkohle pro Haushalt konnten noch nicht ausgegeben werden, so dass die Bewohner der Westsektoren legal noch kein Gramm Kohle in ihren Keller bekommen haben. Rucksackweise sickert etwas von dieser Kostbarkeit aus den Ostsektoren zu Freunden und Bekannten im anderen Stadtteil herüber oder wird für Westmark verkauft. Die zwei Stunden Gas- und Stromzuteilung je Tag und Nacht liegen meist recht ungünstig und kehren zu besseren Zeiten nur in grossem Abstand wieder. Niemand täuscht sich darüber, dass sechs oder acht Wochen strenger Winter auch psychologisch eine sehr schwere Belastung darstellen müssen. Niemand freilich bezweifelt auch ernsthaft, dass die Berliner der Weststadt sie zu tragen bereit und fähig sind. Die Ernährung ist besser als vor drei Monaten, das Brot sogar sehr gut, aber sie ist auch, nun schon eine alte Plage, sehr einseitig.

Unter diesen Umständen ist es geradezu erstaunlich, was die Menschen an Unbequemlichkeiten freiwillig und zusätzlich auf sich nehmen, wenn sie zu den Wahlversammlungen gehen, die gut besucht sind, obschl sie meist in schlecht beleuchteten und kalten Räumen stattfinden und nur auf langen Anmarschwagen erreicht werden können. Dass unter diesen Umständen nicht hoch gehende Begeisterung vorherrscht, sondern sich alles in den Formen ruhiger Entschlossenheit bewegt, wird niemanden wundern. Man rechnet mit etwa achtzigprozentiger Wahlbeteiligung und die SPD hofft zuversichtlich, ihre führende Stellung zu halten.

Die Skepsis der Berliner im Hinblick auf eine baldige, grundlegende Besserung ihrer Lage, ist gross und allgemein. Im Grunde rechnet niemand vor dem kommenden Frühjahr mit einer wesentlichen Veränderung. Man hält sogar Massnahmen der russischen Besatzungsmacht für wahrscheinlich, die die Spannung und die Erschwerungen vermehren - vermutlich sogar noch vor dem 5. Dezember. Damit soll dann ein gewisser Druck ausgeübt und das Gefühl der Aussichtslosigkeit des Kampfes um ein freies Berlin hervorgerufen werden. In Wirklichkeit wird aber damit nach allen Erfahrungen nur der Gegendruck verstärkt. Eine derbedenklichsten Massnahmen wäre die, durch mancherlei Anzeichen angedeutete Absicht, den S-Bahnverkehr zu teilen. Im russischen Sektor werden bereits Gleisanlagen in Schleifenform gebaut, die offenbar bezwecken, ein eigenes, einigermaßen abgeschlossenes Verbindungsnetz zu schaffen. Der Kampf in und um Berlin ist sehr hart, sagte Ollenhauer abschliessend, aber die Entschlossenheit, ihn durchzustehen, ist ungebrochen. (m/1/2611/1/ue)

Verantwortlich: Peter Raunau